

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Senne am 09.09.2010

Tagungsort: SenneSaal, Senner Markt 1
Beginn: 18:10 Uhr
Sitzungspause: -/-
Ende: 21:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Ralf Ahlemeyer
Herr Hartmut Hoffmann
Frau Andrea Niederfranke
Frau Carla Steinkröger Fraktionsvors.

SPD

Herr Andreas Burggräf
Herr Wolfgang Heinrich
Frau Ilona Neumann Fraktionsvors.
Frau Karin Schrader Stellv. Bezirksvorsteherin Vorsitz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Udo Fiebig
Herr Heinrich Christoph Rohde Fraktionsvors.

Bürgernähe

Herr Rudolf Bondzio

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

FDP

Herr Friedhelm Bolte

Die Linke

Herr Christian Varchmin

Von der Verwaltung

Frau Susanne Schmitt	Umweltamt	Zu TOP 8
Herr Martin Wörmann	Umweltamt	Zu TOP 8
Herr Eberhard Grabe	Bezirksamt Senne	
Herr Hans-Georg Hellermann	Bezirksamt Senne	Schriftführer

Entschuldigt:

Herr Gerhard Haupt (CDU) Bezirksvorsteher

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Schrader informiert, dass sie den erkrankten Bezirksvorsteher Gerhard Haupt vertrete. Sie eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Senne fest.

Änderung der Tagesordnung

Frau Schrader schlägt vor, den TOP 5.1 (Antrag bzgl. Bezirksamt) gemeinsam mit TOP 11 (Haushalt/Stellenplan) zu behandeln. Ferner informiert sie, den TOP 8 (Entwurf Lärmaktionsplan) zu behandeln, wenn Herr Wörmann (Leiter Umweltamt) als Berichterstatter anwesend sei, da dieser noch Anschlusstermine wahrzunehmen hätte.

Weitere Änderungen werden nicht gewünscht.

Die Bezirksvertretung Senne ist mit den Vorschlägen **einverstanden**.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Senne**

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 8. Sitzung der Bezirksvertretung Senne am 24.06.2010**

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung Senne folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung der Bezirksvertretung Senne am 24.06.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Herr Grabe teilt Folgendes mit:

- Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Bebauungsplanverfahren Nr. I/S54 „Gewerbegebiet Enniskillener Straße“ (Erweiterung der Fa. Schumacher Packaging KG Werk Bielefeld) finde am Donnerstag, den 16.09.2010 um 18 Uhr im SenneSaal statt. Die Sitzung werde vom stellvertretenden Brackweder Bezirksvorsteher Peter Diekmann geleitet, da der Senner Bezirksvorsteher Gerhard Haupt erkrankt und seine Vertreterin Karin Schrader

verhindert sei. Entsprechende Einladungen an die Bezirksvertretungsmitglieder seien verteilt worden.

- Der „2. Bielefelder Apfeltag“ finde am Sonntag, den 26.09.2010, in der Zeit von 11-17 Uhr auf Ramsbrocks Hof, Ummelner Straße 84, 33659 Bielefeld, statt. Entsprechende Flyer seien mit den Sitzungsunterlagen versandt worden.
- Die Teilnehmerzahlen bei den diesjährigen Ferienspielen seien mit 216 Kindern im Vergleich zum Vorjahr mit 251 Kindern leicht gesunken; die Einnahmen hätten in diesem Jahr die Ausgaben nicht ganz decken können. Unabhängig davon sei auf Grund des Einnahmeüberschusses aus dem Vorjahr ein guter Einnahmerestbetrag wiederum nach 2011 zu übertragen, so dass auch die Spiele im kommenden Jahr finanziell gesichert seien.
- Der Oberbürgermeister habe dem Ministerium für Bauen und Verkehr in Düsseldorf die ablehnenden politischen Beschlüsse zur geplanten Ortsumgehung der L 791 Gütersloh/Friedrichsdorf mitgeteilt. Er verliert das Schreiben vom 22.06.2010.
- Im Bereich des Reiherweges werde eine Umbaumaßnahme an einem Kanalschacht vorgenommen, um die Abwasserdurchflussmengen zum Abwasserverband „Obere Lutter (AOL)“ erheben zu können; es handele sich hierbei um eine kleinere, relativ unbedeutende Umbaumaßnahme.
- Das Amt für Verkehr habe mitgeteilt, dass die Baumaßnahme „Fahrbahnsanierung, Querungshilfe und Rad-/Gehweg Brinkstraße“ zwischen den Straßen „Am Wahlbrink“ und „Am Waldbad“ voraussichtlich in der Zeit vom 27.09.2010 bis 15.10.2010 durchgeführt würden.
- Nachdem die Wilhelmsdorfer Straße wegen der Brückenbauarbeiten A33 nun wieder für den Verkehr freigegeben sei, solle in Kürze mit dem Bau des Schmutzwasserkanals in der Krackser Straße begonnen werden.
- Der Kulturkreis Senne e.V. lädt zum „Rock im Schafstall“ am 11.09.2010 ab 19 Uhr ein.

Die Bezirksvertretung Senne nimmt **Kenntnis**.

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Untersuchung des Baubereiches der Autobahn A 33 im Stadtbezirk Senne auf Fliegerbomben (Blindgänger) aus dem 2. Weltkrieg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1397/2009-2014

Frau Schrader verliest die Anfrage, Herr Grabe gibt die Antwort des Projektleiters für den Bau der Autobahn A33, Herrn Jörg Nippert, bekannt. Danach sei die gesamte Trasse der A 33 durch die dafür zuständige Bezirksregierung Arnsberg (Kampfmittelräumdienst) untersucht worden. Diese Untersuchung habe die Abteilung „Zivil- und Katastrophenschutz“ im Feuerwehramt der Stadt Bielefeld gefordert. Die gesamte Trasse sei an hand von Luftbildern untersucht worden. Außer im Bereich des Museums Osthusschule hätte es keine Verdachtsmomente gegeben. Daher sei dort genauer untersucht worden. Es hätte aber auch dort nach der

Untersuchung keinerlei Hinweise auf etwaige Blindgänger gegeben.

Herr Varchmin fragt nach, ob er davon ausgehen könne, dass es im Bereich der Trasse A 33 keine Blindgänger gäbe. Herr Grabe antwortet, dass die Untersuchungen des Kampfmittelräumdienstes keinerlei Hinweise auf Blindgänger im Bereich der gesamten Trasse ergeben hätten.

Die Bezirksvertretung Senne nimmt **Kenntnis.**

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Antrag bezgl. Bezirksamt Senne

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1396/2009-2014

Wird gemeinsam mit Haushalt / Stellenplan 2010/2011 unter TOP 11 behandelt.

-.-.-

Zu Punkt 6 Antrag der Senner Gemeinschaft e.V. gem. § 24 GO NRW auf Genehmigung eines zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntags ab 2011

Frau Schrader verliest den Antrag der Senner Gemeinschaft e.V., jeweils am 1. Sonntag im September eines jeden Jahres (beginnend 2011) parallel zur Veranstaltung des Kulturkreises Senne e.V. „SenneSkulptur“ (auf dem Marktplatz) „einen vierten verkaufsoffenen Sonntag im Stadtbezirk Senne einzurichten, um die Attraktivität des Stadtbezirks Senne weiterhin zu steigern.

Herr Grabe erläutert das weitere Prozedere zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung von Verkaufsstellen an Sonntagen.

Nach kurzer Diskussion fasst die Bezirksvertretung Senne folgenden

Beschluss:

Die zuständige Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Verwaltungsvorlage zur Änderung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen“ den zuständigen politischen Gremien (Hauptausschuss und Rat der Stadt) zur Beschlussfassung zuzuleiten, damit die „Ordnungsbehördliche Verordnung zum Offenhalten von Verkaufsstellen“ insoweit geändert wird, damit im Stadtbezirk Senne jeweils am 1. Sonntag im September eines jeden Jahres (beginnend ab 2011) die Geschäfte von 13 bis 18 Uhr betrieben werden können.

- einstimmig beschlossen bei drei Enthaltungen -

-.-.-

Zu Punkt 7

"Wir fördern Integration!" - Integrationskonzept für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0832/2009-2014

Herr Grabe informiert, dass heute keine Vertreterin / kein Vertreter des Fachamtes anwesend sein könne, da die drei mit diesem Thema Befassten nicht alle heute weitestgehend zur selben Zeit tagenden Bezirksvertretungen abdecken könnten. Er schlage deshalb vor, etwaige Fragen zu sammeln und dann gebündelt an das Fachamt m.d.B. um Berichterstattung abzugeben. Die Mitglieder der Bezirksvertretung Senne erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Herr Grabe informiert des Weiteren, dass eine umfassende mehrseitige Antwort des Fachamtes auf die im Vorfeld von Herrn von Spiegel eingereichten Fragen zu dieser Vorlage hier in schriftlicher Form vorlägen; das Einverständnis des Herrn von Spiegel sowie der übrigen Mitglieder vorausgesetzt würden die Fragen und Antworten in das Protokoll eingearbeitet werden. Auch hier erklären sich die Anwesenden einverstanden.

Fragen des Herrn von Spiegel und Antworten des Amtes für Integration und kulturelle Angelegenheiten:

1. *Was wird unternommen, um Behinderungen und Todgeburten zu verhindern, die durch unterlassene Vorsorgeuntersuchungen von Schwangeren oder durch nicht nach dem deutschen Recht eingegangenen Elternschaften eingetreten sind?*

Mit dem Ziel, die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen durch die eingewanderte Bevölkerung zu unterstützen ist in Kooperation mit Bielefelder Kinderärzten vor einigen Jahren eine mehrsprachige Informationsbroschüre („Mein Kind ist krank“) erarbeitet und über Kindertageseinrichtungen, Schulen, Begegnungsstätten verbreitet worden. Eine schriftliche Information des Gesundheitsamtes zur Früherkennung von Behinderungen und Möglichkeiten der Frühförderung hat das Amt für Integration vor längerer Zeit übersetzt. Es ist den Eltern „vor Ort“ zugänglich.

Die angesprochene Thematik ist im 2005 initiierten Gesundheitsprojekt „Mit Migranten für Migranten“ aufgegriffen worden: Gut ausgebildete mehrsprachige Mediatoren wurden geschult um in Vereinen, Schulen, Deutschkursen, ihre Landsleute zu Gesundheitsthemen aufzuklären. (Bisher fehlen die Mittel um das Angebot dauerhaft zu implementieren).

2. *Welche Maßnahmen werden getroffen, dass der Integrationsanspruch auch von den Bürgern mit Migrationshintergrund erfüllt wird?*

Seit dem Jahr 2005 finanziert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Integrationskurse, d. h. Sprach- und Orientierungskurse, deren Besuch für (Neu-) Zuwanderer verbindlich ist. Ebenso werden Verpflichtungen zum Besuch der Kurse durch die AR-GEN auferlegt, sofern unzureichende Deutschkenntnisse die Integration in Arbeit verhindern. Der Nachweis ausreichender Deutschkenntnisse ist neben anderem Voraussetzung für die Verlängerung bzw. Verfestigung des Aufenthalts wie auch für die Beantragung des deut-

schen Passes. Neu einreisende Ehepartner müssen ebenfalls Basiskenntnisse der deutschen Sprache nachweisen.

Menschen, die neu ins Land kommen, z. B. als Flüchtlinge oder als Ehegatten, erhalten eine zielgerichtete umfassende Erstberatung mittels der sog. „Clearingstelle“ im Rathaus. Diese ist täglich im Wechsel von Mitarbeitern der Migrationsberatungsdienste der Wohlfahrtsverbände besetzt, die die Neuankömmlinge in die Kurse und zur Beratung leiten. Das Amt für Integration war als Kooperationspartner an der Einrichtung beteiligt.

Aus unserer Sicht muss das Ziel, dass sich alle Teile der eingewanderten Bevölkerung wie auch die einheimische an der Integrationsaufgabe beteiligen, konsequent weiter verfolgt werden.

3. Welche Maßnahmen werden getroffen, dass von Eltern mit Migrationshintergrund die Kinder intensiv zu gleichberechtigten Lebens- und Verhaltensweisen erzogen werden?

Elternarbeit ist ein Arbeitsschwerpunkt der Abteilung RAA (Regionale Arbeitsstelle für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien) im Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten – auf Grundlage der Erfahrung, dass die schulische Entwicklung und bessere Bildungsbeteiligung nur mit Unterstützung der Eltern bzw. der gesamten Familie erreicht werden können. In Maßnahmen und Angeboten des Amtes, zu denen „Mütterkurse“ und begleitende Elternangebote zur vorschulischen Sprachförderung sowie „Eltern-Schule-Dialog“ – Veranstaltungen in Schulen zählen, machen wir die Erfahrung, dass auch Eltern aus Einwandererfamilien ein hohes Interesse an Spracherwerb und Bildungserfolgen ihrer Kinder zeigen. Ihre tatsächlichen Möglichkeiten, die Kinder bei den Hausaufgaben oder der Entscheidung über die Bildungslaufbahn zu unterstützen, sind - wie in vielen sozial-schwachen und bildungsfernen einheimischen Familien – allerdings oft begrenzt. Insofern kommt es darauf an, dass Kindertageseinrichtungen und Schulen konsequent und durchgängig Sprachbildung betreiben, die Ganztagsangebote entsprechend ausrichten, zielgerichtet Integrationsstellen einsetzen und Eltern für die Mitwirkung gewinnen.

Hier ist Bielefeld auf einem guten Weg und die Bemühungen des Amtes für Integration wie auch des Amtes für Schule zielen darauf ab, die Institutionen zu beraten und unterstützen. Aktuell wird ein durchgängiges Sprachbildungskonzept erarbeitet, das im Vorschulbereich ansetzt und im berufsbildenden Bereich endet.

Daneben wurden bzw. werden Standards und Hilfestellungen für die Elternarbeit entwickelt, um diese künftig verstärkt zu gewinnen damit sie sich begleitend und motivierend beteiligen.

In diesem Jahr organisiert das Amt für Integration mit VHS, Arbeitsplus, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Mozaik gGmbH, Gleichstellungsstelle, BWB Bielefeld und REGE zum achten Mal eine Interkulturelle Berufs- und Informationsbörse durch, die sich an (Neu-)Zuwanderer richtet – insbesondere auch in ihrer Rolle als (künftige) Eltern. Sie erhalten einen Überblick über die Bildungs- und Unterstützungsangebote in der Stadt.

Termin in diesem Jahr ist der 24.11. ab 9 Uhr in der VHS.

Herr Grabe führt sodann kurz in die Vorlage ein.

Herr Rohde stellt fest, dass die Vorlage gut sei, dort gemachte Anregungen aber nicht genügend konkretisiert seien. Bezogen auf Ziff. 13 (der Anlage 3) wünscht sich Herr Rohde, dass im der Stiftungsbereich Altenhilfe Bethel ähnlich wie Brackweder Alten- und Pflegezentrum „Johann-Hermann-Haus“ arbeite. Ferner wünsche er sich, dass das vorliegende Konzept stärker in die Schulentwicklungsplanung einfließen solle. Herr Grabe informiert, dass hier ein Konzept vorliege, welches natürlich im Laufe der nächsten Zeit erst einmal umgesetzt werden müsse.

Die Bezirksvertretung Senne fasst sodann folgenden

Beschluss:

1. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für die Stadt Bielefeld, die sich als weltoffene, tolerante und als Stadt der Vielfalt mit all ihren Facetten bekennt, eine herausragende Bedeutung. Integration gehört zu den strategischen Zielen Bielefelds.

Das Bielefelder Konzept `Wir fördern Integration! – Integrationskonzept für Bielefeld´ wird als Grundlage der künftigen kommunalen Integrationspolitik, -förderung und –arbeit verabschiedet.

Mit dem Konzept stellt sich die Stadt Bielefeld der Frage, wie Integration als langwieriger Aushandlungsprozess so gestaltet werden kann, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt perspektivisch am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund auf der Basis des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerf NRW).

Das Konzept ist für die Stadt Bielefeld

- „Querschnittskonzept“ und Orientierungs- und Handlungsrahmen für Integrationsförderung und –arbeit als eine (gesamt-)gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der Menschen mit Migrationshintergrund, Aufnahmegesellschaft und Politik ihre unterschiedlichen Beiträge zu leisten haben.
- verbindlicher Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze, die in einem fortlaufenden Prozess von Zielformulierung, Maßnahmeplanung und Controlling erarbeitet und weiterentwickelt werden.
- Grundlage für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Dialogs mit Akteurinnen bzw. Akteuren außerhalb der Verwaltung und für Strukturen für deren Beteiligung.
- Handlungsinstrument zur Begleitung, Unterstützung und Umsetzung im Konzept verankerter Maßnahmen zur Integrationsförderung und –arbeit in kooperativer Vernetzung aller Beteiligten und für die künftigen Ziele und Grundsätze der Steuerung.

2. Die Stadt Bielefeld begrüßt und verabschiedet das Leitbild `Bielefeld – Zusammenleben in Vielfalt´ für die Bielefelder Integrationspolitik, -förderung und –arbeit als Orientierungsrahmen für die Ziele und das Handeln sowie für ein grundlegendes Verständnis von Integration (Anlage 1).
3. Im Rahmen des Leitbilds (s. Ziff. 2) bekennt sich die Stadt Bielefeld zu integrationspolitischen Zielen und Aufgaben (vgl. Anlage 2 zum Beschlussvorschlag).
4. Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der Handlungsfeld bezogenen Zielsetzungen und Maßnahmevorschläge des Integrationskonzepts. Vorrangig sind zunächst die Ziele und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 3 zum Beschlussvorschlag zu berücksichtigen und umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

Zu Punkt 8

Entwurf des 1. Bielefelder Lärmaktionsplans

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1252/2009-2014

Herr Wörmann führt in die Vorlage ein, Frau Schmitt macht anhand großflächiger Pläne weitere Ausführungen zum Thema.

Herr Bolte stellt fest, dass die im Bau befindliche Autobahn A 33 ebenso wie die geplante Ortsumgehung Friedrichsdorf nicht im Entwurfsplan enthalten sei. Herr Wörmann begründet dies mit der noch fehlenden Fertigstellung beider Straßen, wobei die Ortsumgehung ja noch in Planung sei.

Herr Bolte stellt folgenden Antrag zum Entwurf des 1. Bielefelder Lärmaktionsplanes:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Verkehrskonzept für den Stadtbezirk Senne vorzulegen.

Es sollten enthalten sein:

- Aussagen über Umleitungsverkehre bei Sperrung der Autobahnen A 2 und A 33
- Sperrung der Ortsdurchfahrt Senne-Mitte (Windelsbleicher Straße) und der Osnungstraße für Lkw ab 7,5 t
- Aussagen über einen möglichen Rückbau der Ortsdurchfahrt B 68 sowie die Verlängerung der Stadtbahn von Endstation Senne bis Sennestadt
- Mautpflichtige Strecken auf B 68 und Buschkampstraße
- Abfluss der Schülerverkehre an den Berufsschulen Brackweder Straße
- Lärminderung durch Flüsterasphalt

Herrn von Spiegel möchte diesen Antrag noch wie folgt erweitern:

- Abfluss Schülerverkehr Brackweder Straße (Rudolf-Rempel-Schule)
- Will der Landesbetrieb seine Straßen auch mit Flüsterasphalt ausrüsten?
- Lärminderung durch Kreisverkehre auf der B 68 mangels „grüner Welle“
- Verkehrszahlen sind teilweise wesentlich höher als andere Verkehrsgutachten
- Da die Verkehrszahlen theoretisch errechnet sind, sollte die A 33 schon dargestellt werden inkl. Der notwendigen Maßnahmen, um eine Gesamtsituation im Stadtteil sichtbar zu machen
- Einfluss von Lärm auf LSG, NSG und FFH-Gebiete, rechtliche Bewertung-

Herr Wörmann informiert nochmals, dass der vorliegende Entwurf des 1. Bielefelder Lärmaktionsplanes lediglich erst ein strategischer Plan sei, der zeigen solle, wo Lärm auftrete.

Herr Rohde unterstützt den Antrag von Herrn Bolte. Für ihn sei auch sehr unbefriedigend, dass Lärmquellen nicht addiert werden können.

Herr Varchmin möchte insbesondere in Bezug auf den Landeplatz Windelsbleiche wissen, ob bei evtl. Lärmschutzmaßnahmen für die Anlieger diese sich an den entstehenden Kosten beteiligen müssten (sogen. Anliegerbeiträge) oder ob hier nicht das Verursacherprinzip (Landeplatzbetreiber, Nutzer des Landeplatzes etc.) gelten müsse. Herr Wörmann informiert, dass in Sachen Landeplatz das Umweltamt nur eine koordinierende Aufgabe, also keine entscheidende, habe. Die zuständige Luftaufsichtsbehörde beim Regierungspräsidenten Münster sage, lärmmäßig sei dort alles „im grünen Bereich“. Er werde aber die aufgeworfenen Fragen „mitnehmen“ und zeitnah beantworten lassen.

Herr Bondzio findet die zugrunde gelegten Berechnungsmethoden (Nivellierung) falsch. Der jeweilige Spitzenwert müsste als Normalwert angenommen werden. Er fragt nach einer möglichen Änderung der Berechnungswerte. Herr Wörmann gibt an, dass das Umweltamt nicht eine eigene Berechnungsgrundlage entwickeln könne.

Nach einiger Diskussion stellt Frau Neumann den Antrag, die vorliegenden Anträge von Herrn Bolte und Herrn von Spiegel zunächst fraktionsintern und anschließend in der nächsten Arbeitsgruppensitzung Verkehr, Tiefbau, Planung, zu beraten und der Verwaltung dann Prüfaufträge zu erteilen.

Herr Bolte spricht sich dagegen aus. Er lege Wert darauf, dass es sich bei den eingebrachten Anträgen um zwei eigenständige Anträge handle und er sich nur vorstellen könne, den Punkt „Kreisverkehre auf der B 68“ in seinen Antrag mit aufzunehmen. Er möchte hinsichtlich seines Antrages eine Beschlussfassung erwirken, aber keinen Prüfauftrag an die Verwaltung erteilen.

Sodann lässt Frau Schrader über den Antrag von Frau Neumann abstimmen. Die Bezirksvertretung Senne fasst folgenden

Beschluss:

Die oben im Einzelnen aufgeführten Anträge des Herrn Bolte und des Herrn von Spiegel werden zur Beratung in die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Verkehr, Tiefbau, Planung verwiesen.

- einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung –

Anschließend lässt Frau Schrader über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Hier fasst die Bezirksvertretung Senne folgenden

Die Bezirksvertretung Senne empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), den Entwurf des 1. Bielefelder Lärmaktionsplans mit den bezirksbezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zu den Eingaben im Rahmen der öffentlichen Auslage zur Beschlussfassung.

- einstimmig beschlossen bei drei Enthaltungen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Auswirkungen des Winters 2009/2010 auf das Bielefelder Straßennetz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1249/2009-2014

Herr Grabe erläutert in kurzen Zügen die Vorlage; Herr Rohde moniert das Verfahren. Es sei untauglich und alle drei Wochen träten die Straßenschäden wieder auf. Es wird noch kurz darüber diskutiert.

Die Bezirksvertretung Senne nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Ausbaustandard für die Straße zur Erschließung des Baugebietes "Ortsmitte" - Teilplan 3 - Regattaweg und Planstraße "A"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1291/2009-2014

Frau Niederfranke nimmt weder an Beratung noch Beschlussfassung teil.

Herr Grabe informiert über die Notwendigkeit dieser Vorlage. Hintergrund sei, dass die Bezirksvertretung Senne im Jahr 2004, also vor dem neuen Beleuchtungskonzept der Stadt Bielefeld, den Ausbaustandard und somit die Straßenbeleuchtung beschlossen habe. Durch die Änderung der Beleuchtungskonzeption sei ein geänderter Beschluss notwendig. Die Hauseigentümer würden vom Amt für Verkehr über die (geänderten) Installationen informiert werden.

Die Bezirksvertretung Senne ist einverstanden und fasst folgenden

Beschluss:

A) Der Beschluss vom 11.03.2004 zu Punkt d), öffentliche Straßenbeleuchtung wird zurückgenommen.

B) Die Bezirksvertretung Senne beschließt für den Regattaweg und die

Planstraße zur Erschließung des Baugebiets „Ortsmitte“ – Teilplan 3 – den Einbau von Mastaufsatzleuchten Typ Indal arc 80 mit weißem Licht an fünf Meter hohen Masten.

- einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 11

Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2010/2011 für das Bezirksamt Senne; Beratung des Bezirksbudgets 2010/2011 für den Stadtbezirk Senne

- 1. Lesung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1371/2009-2014

Herr Grabe führt in die Vorlage ein. Er informiert über die Unabdingbarkeit des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK). Er teilt mit, dass es sich bei den Haushaltsansätzen des Verwaltungsentwurfes um die verbindliche Verwaltungsmeinung handele. Insbesondere im Hinblick auf die äußerst angespannte Haushaltssituation der Stadt Bielefeld seien Veränderungen nur durch Umschichtungen in der Ergebnis- und Finanzplanung möglich. Zur HSK-Maßnahme „Straffung der Leitungsebenen“ (Nrn. 79 und 87) werde der zuständige Dezernent, Herr Dr. Udo Witthaus, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Senne am 07.10.2010 informieren. Dann könne auch der Antrag „bzgl. Bezirksamt“ (TOP 5.1) mit behandelt werden.

Herr Grabe bittet die Bezirksvertretung Senne, über die mitwirkungsbelegten Haushaltsansätze schon heute zu beschließen, damit etwaige Anträge der Bezirksvertretung Senne die Behandlung in den Fachausschüssen, die bereits vor dem 07.10.2010 tagen würden, ermöglichen. Über die entscheidungsbefugten Ansätze könne im Rahmen einer Arbeitsgruppensitzung Haushalt noch vor der nächsten Bezirksvertretungssitzung gesprochen werden. Hier kommt einiger Unmut auf, da die Tagesordnung lediglich eine erste Lesung vorsehe. Herr Bolte spricht sich heftig gegen das Verfahren aus und nennt es „überfallartig“. Herr von Spiegel verweist auf dringenden Informationsbedarf bei Maßnahmen der Gewässerunterhaltung (erhebliche Ansatzreduzierung) und erläutert den Sinn und Zweck einer ersten Lesung. Herr Grabe entschuldigt das Verfahren, dass aus zeitlichen Gründen (Einbringung des Haushaltes durch den Stadtkämmerer in den Rat am 02.09.2010) nicht anders durchzuführen sei. Herr Heinrich hat Fragen zu Senner HSK-Maßnahmen; Herr Grabe verweist auf die Arbeitsgruppe Haushalt. Frau Neumann und Herr Rohde fordern künftig eine Arbeitsgruppensitzung zur Behandlung des Haushalts- und Stellenplanes vor der maßgeblichen Bezirksvertretungssitzung. Über das Thema wird noch einige Zeit diskutiert. Festzuhalten bleibt am Ende noch, dass die Politik (mit zwei Ausnahmen) künftig den Haushalt nicht mehr in Papierform, sondern nur noch digital zur Verfügung gestellt bekommen wolle.

Herr Grabe informiert, dass der Stellenplan des Bezirksamtes Senne (Ziff. 7 der Vorlage) unverändert sei und die restliche Vorlage (außer der heute zu beschließenden M-Mittel) im Rahmen der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe Haushalt behandelt und dann am 07.10.2010 in der Sitzung der Bezirksvertretung Senne beschlossen werden solle.

Auf Vorschlag von Herrn Grabe, aus Gründen der Dringlichkeit alle mitwirkungsbefugten Haushaltsansätze der Ziffer 6 zu beschließen, fasst die Bezirksvertretung Senne folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Senne empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Doppelhaushaltsplan 2010/2011 mit den Plandaten für die Jahre 2010 bis 2014 wie folgt zu beschließen:

Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben
- *Bezirkshaushalt (Band II, Seiten 1409 – 1416)* - wird bezogen auf

- die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Senne
- die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Senne
- die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Senne
- die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Senne

unter Berücksichtigung der beigefügten Veränderungsliste
(*Bezirkliche Ansätze der Schulen im Stadtbezirk Senne, s. Anlage 2*)

zugestimmt.

- einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung -

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen

- Bericht der Verwaltung zum Sachstand -

Zu Punkt 12.1

Verkehrsberuhigung im Bereich der "Albatrosschule" am Westkampweg

Herr Grabe informiert über das Prüfergebnis der Straßenverkehrsbehörde.

Im Tenor sei festzuhalten, dass bei der Gesamtprüfung im Hinblick auf die Schutzbedürftigkeit der Schülerinnen und Schüler der Westfälischen Sonderschulen am Westkampweg die sofortige Umsetzung der Erweiterung der Tempo-30-Zone notwendig sei.

Die Bezirksvertretung Senne nimmt **Kenntnis.**

-.-.-

Zu Punkt 12.2

Hundefreilauffläche Senne

Herr Grabe informiert über die Prüfung der Verwaltung zur Einrichtung einer geeigneten Hundefreilauffläche im Stadtbezirk Senne und das an alle Mitglieder der Bezirksvertretung Senne verteilte Schreiben des Dezernates 3 vom 11.08.2010 zu diesem Thema.

Im Ergebnis sei festzuhalten, dass im Stadtbezirk Senne keine Hundefreilauffläche offiziell ausgewiesen worden sei und die eingesetzte interne Arbeitsgruppe der Verwaltung auch bisher noch keine geeignete Fläche zur Ausweisung als Hundeauslaufbereich habe vorschlagen können. Konkrete Vorschläge hierzu würden aber gerne aufgenommen und geprüft werden.

Die Bezirksvertretung Senne nimmt **Kenntnis.**

Zu Punkt 12.3 Fördergelder

Herr Grabe informiert über die Antwort des Umweltamtes.

Es gäbe publizierte Broschüren des Landes NRW, die als PDF-Dateien zur Verfügung stünden; sie würden den Mitgliedern der Bezirksvertretung Senne in Papierform zur Verfügung gestellt werden. Im Ergebnis sei hier aber festzuhalten, dass nur projektbezogene Prüfungen einzelner konkreter Maßnahmen hinsichtlich ihrer Förderfähigkeit sinnvoll erscheinen.

Das Amt für Finanzen habe mitgeteilt, dass es sich bei den EFRE-Mitteln aus Sicht der Stadt eigentlich um Landesmittel handele, weil diese EU-Gelder aufgrund eines operationellen Planes von der Landesregierung an die Fördermittelempfänger weiter gegeben würden. Nähere Auskünfte könnten WEGE und Bauamt geben. Ähnlich verhalte es sich mit den ESF-Mitteln, in denen der frühere EQUAL-Topf aufgegangen sei. Erfahrungen mit solchen Förderungen könnten im Bereich des Dezernates V (Jugend und Soziales) als auch bei der REGE bzw. Arbeitplus vorliegen.

Herr Grabe erinnert, dass in allen möglichen Förderungsfällen städtische Eigenmittel zu leisten seien.

Die Bezirksvertretung Senne nimmt **Kenntnis.**

Karin Schrader
stellv. Bezirksvorsteherin

Hans-Georg Hellermann
Schriftführer